

Einleitung

Seit Anfang der 1990er Jahre ist Identität nicht bloß Gegenstand der Psychologie, Identität ist zu einem politischen und, nebenbei gesagt, auch betriebswirtschaftlichen Thema geworden. Unternehmen sind um Corporate Identity bemüht. In unterschiedlichen Zusammenhängen ist von Identitätspolitik die Rede. Die hat die Aufmerksamkeit von Sozialwissenschaftler*innen und Sozialphilosoph*innen gefunden. Leitend ist der Gedanke, ihre Identität sei für die Menschen in der Moderne so bedeutsam geworden, dass sie auf eine Verkenning ihrer Selbstdefinition, auf soziale Zurücksetzung oder Missachtung mit Empörung reagieren, was zu Kämpfen um Anerkennung (engl.: recognition) führt, sobald die Betroffenen mit anderen gemeinsame Erfahrungen entdeckt haben (Axel Honneth, Nancy Fraser). Es handelt sich um die Identitätspolitik von Minderheiten oder marginalisierten Gruppen. Aber auch die politische Reaktion auf das Phantasma, die kulturelle Identität Deutschlands und Europas oder auch der White Anglo Saxon Protestants in den USA sei durch die Globalisierung und speziell durch die Einwanderung bedroht, wird meist unter Identitätspolitik subsumiert.

So ist Identität von einer psychologischen Kategorie zu einem politischen Schlagwort geworden, was nicht gerade zur begrifflichen Klarheit beigetragen hat. Nicht selten wird Identität mit den Eigenschaften verwechselt, die eine Person oder Gruppe ausmachen oder auszumachen scheinen. Eine solche Verdinglichung hat Folgen. Mit dem Wort Selbstverständnis käme man der Sache näher. Eine erste Aufgabe wird also sein, zu klären, was unter Identität zu verstehen ist.

Die Subjektform, die wir mit Identität meinen, ist die Antwort auf eine moderne Anforderung, die sich nach dem Verschwinden traditioneller Gemeinwesen aus der abstrakten Abhängigkeit von Märkten ergeben hat. Schon der Vertrag, der für die sozialen Beziehungen der Warenbesitzer konstitutiv geworden ist, verlangt die Identität der rechenschaftspflichtigen Vertragspartner. Aber nicht nur das, der einzelne muss sich dort, wo die sozialen Bande gelockert und von wirtschaftlichen Bedingungen bestimmt sind, selbst zur Gesellschaft ins Verhältnis setzen. Der doppelt freie Lohnarbeiter musste zur individuellen Reproduktion befähigt werden, um sich in der Marktgesellschaft behaupten zu können, was Identitätsentwicklung einschloss (Schubert 1984). Identität als Subjektform kann also als Antwort auf die Zerstörung der »feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse« von früher (Marx-Engels-Werke, MEW 4, 464) verstanden werden, sobald nicht mehr traditionelle Gemeinschaften dem einzelnen seinen sozialen Ort zuweisen (Kapitel 1).

Als Industrie und urbane Lebensweise zunehmend den Alltag vieler Menschen bestimmten, hat die Psychologie das Thema Identität entdeckt. Die neue Lebenslage verlangte nach Ansicht der Psychologen Aufmerksamkeit für die Erwartungen des sozialen Umfelds, aber auch eine Vorstellung vom eigenen Selbst. Wie eine solche Vorstellung sich entwickelt, wurde im nächsten Schritt zum Gegenstand der Forschung. Dabei stieß man auf die Bedeutsamkeit kultureller Praktiken und sozialer Partizipationschancen (Kapitel 2).

Wenn Menschen entdecken, dass ihnen solche Chancen verwehrt sind und dass alles, was ihr Selbstverständnis ausmacht, abgewertet wird, wenn sie, kurz gesagt, Diskriminierungserfahrungen machen und außerdem entdecken, dass andere mit gleichen Merkmalen dieses Schicksal mit ihnen teilen, dann werden sie den Anschluss an solche Leidensgenoss*innen suchen, um gemeinsam gleiche Rechte und gleiche Wertschätzung einzufordern. Solche Anerkennungskämpfe von Minder-

Von »**Minderheiten**« kann man bei allen benachteiligten Gruppen sprechen, wenn man als Kriterium dafür nicht ihre statistische Größe, sondern ihre geringe Repräsentation und ihren schwachen gesellschaftlichen Einfluss nimmt. »Numerische Mehrheiten können in gesellschaftlicher Hinsicht Minderheiten darstellen« (Wallerstein 1990, 102). In diesem Sinn können bis heute auch Frauen als Minderheit betrachtet werden.

heiten gilt es verständlich zu machen, wobei auch die häufig vorgetragenen Bedenken zu prüfen sind, sie würden inzwischen mehr öffentliche Aufmerksamkeit finden als sozialpolitische Forderungen. Wir werden aber auch sehen, dass es diskriminierte Gruppen gibt, die ihren Protest nicht identitätspolitisch artikulieren.

Der Vorwurf, eine »Politics of Resentment«¹ fördere die Fragmentierung der Gesellschaft (Fukuyama 2019), dürfte am ehesten auf fundamentalistische Bewegungen zutreffen. Wie sich der christliche Fundamentalismus aus sozialer Marginalisierung wie auch aus dem Bewusstsein des göttlichen Auftrags speist, so haben in islamisch geprägten Ländern demütigende Erfahrungen mit Kolonialismus und Imperialismus, auch gesellschaftliche Stagnation, verbunden mit der Rückschau auf eine glanzvolle Vergangenheit, den Impuls für islamistische Bewegungen abgegeben. Im Nahen Osten sind sie teilweise zum Instrument geopolitischer Interessen geworden (Kapitel 3).

Zwei scheinbar unvergleichbare Bevölkerungsgruppen haben mit institutioneller und oft individueller Diskriminierung zu kämpfen, die Arbeitsmigranten, speziell die türkischer Her-

1 Wörtlich: Politik der Empfindlichkeit oder des Grolls.

kunft, und die Ostdeutschen. Die Lage beider bietet eine beispielhafte Illustration für verweigerter Anerkennung. Jedoch haben beide nicht die Möglichkeit gefunden, ihren Protest auf dem Feld der Politik produktiv geltend zu machen und eine Veränderung der »Repräsentationsverhältnisse« (Hall 1994, 16) herbeizuführen (Kapitel 4).

Jede soziale Bewegung muss sich, unabhängig davon, ob sie für die Rechte von Minderheiten oder aber für Frieden, Schutz der Umwelt und andere allgemein bedeutsame Ziele kämpft, eine kollektive Identität verschaffen. Das wurde historisch früh an der Arbeiterbewegung deutlich. Das Maß der Ausbeutung im Frühkapitalismus bot zwar Anlass genug für Widerstand. Der aber setzte voraus, dass die Arbeiter*innen sich des Unrechts bewusst wurden und sich zusammenschlossen. Marx hat daher früh zwischen der »Klasse an sich« und der »Klasse für sich selbst« unterschieden (Kapitel 5).

Der moderne Staat als Nationalstaat ist daran interessiert, nein, darauf angewiesen, dass sich die Staatsbürger*innen mit ihm zumindest bis zu einem gewissen Grad identifizieren, dass sie sich der Nation zugehörig und verpflichtet fühlen (Fukuyama 2019). Deshalb sind moderne Staaten bemüht, kulturelle Gemeinsamkeiten zu stiften, unter anderem eine gemeinsame Schriftsprache zu etablieren, und zwar nicht nur mit Rücksicht auf die Erfordernisse von Verwaltung und Wirtschaft. Auch die (Re-)Konstruktion einer gemeinsamen Geschichte, das Bildungswesen und nationale Symbole sollen dazu beitragen, eine nationale Identität in den Herzen und Köpfen zu verankern. Problematisch ist dabei der Umschlag in Nationalismus (Kapitel 6).

Einen extrem militanten, vom Reinheitswahn geprägten Nationalismus vertritt die Gruppierung der »Identitären«, die mit der Angst vor der Bedrohung unserer »ethnokulturellen« Identität operiert. Ihren rassistischen Grundzug versucht sie mit der Programmatik des »Ethnopluralismus« zu verbergen (Kapitel 7).